



VORWÄRTS



sozialistische zeitung

Widerstand ★ Solidarität ★ Sozialismus

Zeitung der Sozialistischen Linkspartei [SLP]

erscheint seit 1983

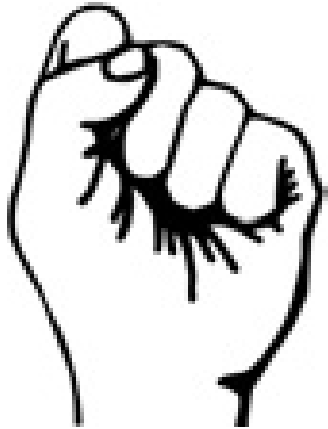
Nummer 136

März/April 2004

Preis: EUR 0,80

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Österreich



Widerstand bewahrt HTL in Traun vor Schließung

SchülerInnen und Eltern verhinderten vorerst die Schließung der HTL-Traun. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



AK-Wahl in Wien: Links wählen-GLB wählen

Anfang Mai finden die AK-Wahlen in Wien statt. Mitglieder der SLP kandidieren auf der Liste des Gewerkschaftlichen LinksBlocks. Sie stehen für konsequente Opposition zur AK- und ÖGB-Spitze. SEITE 3

Schwerpunkt



EU-Osterweiterung: 10 Fragen-10 Antworten

Die Osterweiterung ist heiß debattiert. Die Sozialistische Linkspartei gibt Antworten auf die 10 Fragen, die für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche von Bedeutung sind. SEITEN 4/5

Internationales



Haiti: USA & UNO unterstützen rechten Putsch

Haitis Präsident Aristide verließ das Land nach dem ihm die USA die Unterstützung entzogen. Die neuen Machthaber kommen aus den Kreisen der ehemaligen Militärdiktatur. SEITE 7

Uns bleibt nur eine Wahl: Widerstand!

Wäre die ÖVP ehrlich, würde sie plakatieren: „Mehr Steuern – Weniger Geld“. Stattdessen erzählt sie Märchen darüber, was sie für die Menschen getan habe. Die Rechnung hat sie am 7.3. in Salzburg und Kärnten präsentiert bekommen.

Von Sonja Grusch,
SLP Wien Nord

Durch die Wahlen wurde zwar der Unmut über den Sozialabbau der Regierung deutlich. Doch die SPÖ – oder gar Haider – sind keine Alternativen zu Schüssel und Co. Echter Widerstand ist nötig. Statt brav am Verhandlungstisch zu sitzen, ist der ÖGB aufgerufen, die Interessen der Beschäftigten endlich entschlossen zu verteidigen, diese Regierung aus dem Amt zu jagen und eine politische Alternative aufzubauen!

REKORDE NUR BEI ARBEITSLOSIGKEIT

Nach einer WIFO-Studie liegt die Arbeitslosenquote für 2003 real bei rund 9,5 % – die Regierung schönt, indem sie TeilnehmerInnen an Schulungen, Arbeitslose im Krankenstand und Pensionsvorschussbezieher nicht rechnet. Im Februar waren insgesamt 344.251 Menschen ohne Job. Auch im Bezug auf die „Rekord-Beschäftigung“ schummelt die Regierung. Diese ist zu 90 % auf den Anstieg der Kindergeldbezieherinnen, die als beschäftigt gelten, zurückzuführen. Wir lehnen eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch diese massive Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt ab. Gleichzeitig wurden 2003 rund 60.000 Vollzeit- durch Teilzeitarbeitsplätze ersetzt. Das ist insgesamt eine Entwicklung, die Frauen in eine Abhängigkeits- und Armutsfalle zwingt. Die Regierung bekämpft nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen und plant die Abschaffung der Notstandshilfe. Statt des Rechtes auf eine soziale Absicherung wollen uns Schüssel & Co. nur mehr Almosen zugestehen.



EIN DANKESCHÖN VON DER WIRTSCHAFT

merInnenschutzbestimmungen länger.

REGIERUNG MUSS ÖGB-FÜHRUNG DANKEN

Dass die Regierung noch im Amt ist, hat sie dem Fehlen einer Alternative und dem ÖGB zu verdanken. Die ÖGB-Führung erklärt, sie muss die „Sozialpartnerschaft täglich neu erkämpfen“. Wie schon 2003 setzen sich Verzetnitsch & Co an Runde Tische und verhandeln über die Kürzung unserer Pensionen. Kein Wunder, dass die Mehrheit der unter 30-jährigen glaubt, im Alter gar keine Rente mehr zu bekommen (vgl.: Standard 10.3.2003).

Soll das unsere „Zukunft“ sein? Doch anstatt um diese Zukunft zu kämpfen, bot die Gewerkschaftsjugend Frau Fuhrmann von der ÖVP („3 Wurstsemmeln = 10 Euro“) noch zu Beginn des Jahres eine gemeinsame Front für eine Pensions„harmonisierung“ an.

Auch unter den ÖBBlerInnen macht sich Enttäuschung breit. Nach dem Streikabbruch meinten die meisten KollegInnen, das Streikende wäre zu früh gewesen. Diese Einschätzung bestätigt sich nun. Die bisher erzielten Teileinigungen bereiten weiteren Stellenabbau vor und lassen Beitragserhöhungen für die EisenbahnerInnen befürchten, da künftig die Versicherungsanstalt der EisenbahnerInnen das Krankengeld zahlen soll. Die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelungen zeigen, es geht um „das Schlechteste aus allen Verträgen“. Würde hier das normale Angestelltengesetz (ASVG) gültig, bekämen die EisenbahnerInnen mehr Geld (weil mehr Zuschläge für Nachtarbeit etc.). Das will die Regierung nicht zulassen.

MOBILISIEREN GEGEN SOZIALRAUB

Der Europäische Gewerk-

schaftsbund (EGB) hat für 2/3. April die Gewerkschaften aufgerufen, „Massendemonstrationen in den Hauptstädten zu organisieren“. Gründe dafür gäbe es genug. Die Streiks 2003 in Österreich haben bewiesen, dass die Beschäftigten bereit sind, zu kämpfen. Dass sie nicht erfolgreich waren, liegt nicht an einer mangelnden Entschlossenheit der Streikenden, sondern daran, dass die ÖGB-Führung immer wieder gebremst hat. Anstatt eine politische Alternative aufzubauen, hofft sie auf die SPÖ, die allerdings derselben neoliberalen Logik folgt, wie Schwarz-Blau. Eine derartig zögernde Politik können wir uns nicht mehr leisten! Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften organisiert – dem Aufruf des EGB folgend – für 2/3. April Aktionen. Es geht aber auch darum, darüber hinaus BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und GewerkschafterInnen zu mobilisieren, um die kommenden Angriffe entschlossener abzuwehren. Dazu ist Deine/Ihre Mitarbeit notwendig!

TERMINE

3. April, Wien

DEMONSTRATION gegen Sozialabbau & Privatisierung Auftaktkundgebung: 11³⁰-13⁰⁰, Reumannplatz, 13⁰⁰ Demonstration zur ÖGB-Veranstaltung

19. April, Wien

VERANSTALTUNG der „Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften“ zum Thema: „Ausgliederung des Sozialbereichs in Wien“, 19 Uhr, Sperlhof, 2., Kleine Sperl gasse 21

Der Standpunkt

Nicht einmal ein kleineres Übel

von Sonja Grusch



Am 25. April finden Präsidentschaftswahlen statt – also wen wählen? Ferrero-Waldner ohnehin nicht, aber Fischer? Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen verkündet: „Nach 18 Jahren besteht nun die historische Chance, den Bundespräsidenten für die Sozialdemokratie zurück zu gewinnen.“

Ist „Überparteilichkeit“ für die ArbeiterInnenbewegung wünschenswert? Fischer über Fischer auf seiner Homepage, in der die Farbe Rot fehlt: „Weil ich... die Fähigkeit der überparteilichen Ausübung einer politischen Spitzenfunktion bewies.“ Überparteilichkeit?

Schweigen, wenn eine Regierung privatisiert und Arbeitsplätze verloren gehen? Keine Seite zu beziehen, wenn sich ArbeiterInnen in einem Streik gegen Sozialabbau wehren? Neutral zu sein, wenn sich das Volk eines Landes gegen die Ausbeutung durch Multinationale Konzerne wehrt?

Die Hoffnungen Mancher, Fischer würde ein linkes Gegengewicht zur blau-schwarzen Regierung darstellen, zerschlägt er selbst. Unterstützt wird er u.a. von VertreterInnen des Neoliberalismus wie Fussi und Schmidt. „Sozial“ ist nur das mühsam aufgebaute Image.

Auch Fiedler wäre keine Alternative gewesen: Rechnungshofpräsident, ÖVP-Mitglied und ehemaliger Sekretär des Parlamentsklubs der ÖVP. Die FPÖ hätte seine Kandidatur als Schlag gegen die ÖVP begrüßt. Er ist aber ebenso wenig „unabhängig“ wie er wählbar wäre. Am 28. Jänner meinte er: „Es bedarf weiterer Maßnahmen im Bereich der Verwaltung, und es bedarf weiterer Maßnahmen insbesondere auch im Bereich des Personals. Wir sollten alles unternehmen, um – das ist auch ein Ziel der Regierung – einen schlanken Staat zu erreichen.“ Für die ArbeitnehmerInnen sind die Kandidaten keine Auswahl, sondern eine Drohung!

Klestil, einst ÖVP-Kandidat, der mittels Lüge über die „Heile Familie“ die Wahl gewann, hat die Sinnlosigkeit des Amtes gezeigt. Ist er Ihnen während seiner Krankheit abgegangen? Außer halbherziger moralischer Empörung hat er nichts gegen die Regierungsbeteiligung der rechtsextremen FPÖ getan. Er hat keinen Finger zur Unterstützung der Streiks gegen den Pensionsraub gerührt. Die beste Wahl am 25. April wäre die Abschaffung des Amtes des Bundespräsidenten!

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP) Sitz der Redaktion: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11; Chefredaktion: John Evers Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733 DVR: 0820202

Diese SPÖ ist nicht mehr zu retten!

Nach der schweren Wahlniederlage der ÖVP verhöhnt die SPÖ nun ihre WählerInnen

Von John Evers,
SLP Wien Nord

Die Medien berichteten über „die große Heiterkeit“, die nach dem Pakt zwischen SPÖ und FPÖ herrschte: Mit „Freundschaft“ und Chianti soll man sich zugeprostet haben. Peter Ambrozy stellte klar, dass die Koalition mit dem Sanctus von Parteichef Gusenbauer erfolgte: „Wir haben autonom entschieden, aber nicht kontrovers zur Bundes-SPÖ.“ Für Bundesgeschäftsführerin Bures ist diese Zusammenarbeit eindeutig notwendig – „im Interesse des Landes Kärnten“. Tatsächlich werden SPÖ und FPÖ gemeinsam Sozialabbau gegen den Großteil der Kärntner Bevölkerung betreiben. Jörg Haider wird gleichzeitig keine Gelegenheit für rechten Populismus auslassen. Besonders negativ: Das nun offizielle Ende der so genannten „Ausgrenzung“ der FPÖ durch die SPÖ, könnte auch die Lebensdauer der Bundesregierung verlängern.

WAHL-DESASTER FÜR DIE
BUNDESREGIERUNG

Schwarzblau verlor bei den Landtagswahlen in Kärnten insgesamt 32.000, in Salzburg 19.000 WählerInnen. Neben dieser Niederlage für die Regierung, lässt sich ein weiterer Gesamttrend aus dem Ergebnis ablesen: Die – nach den Nationalratswahlen 2002 – neuerlichen, riesigen WählerInnenströme, der Zusammenbruch der ÖVP in Kärn-

Haider und Ambrozy sind sich schnell einig: Der Kuchen wird brüderlich geteilt. Denn, wenn's um den Kuchen geht, ist alte „Rivalität“ schnell vergessen.

ten und der FPÖ in Salzburg stehen für den allgemeinen Frust über die etablierten Parteien und deren Beliebigkeit. Ein Viertel NichtwählerInnen sind gleichzeitig auch Ausdruck für eine Suche nach Alternativen.

WAS BEDEUTET
HAIDERS ERFOLG?

Die SLP hat immer betont, dass die Voraussetzungen für Erfolge von rechtsextremen, populistischen Kräften in Österreich weiter vorhanden sind. Die FPÖ hat zwar seit ihrem Regierungseintritt enorme Schwierigkeiten die Rolle als „Partei des kleinen Mannes“ zu spielen. Tatsächlich blieb auch in Kärnten den Freiheitlichen ein kalter Wind ins Gesicht: Rund 40.000 WählerInnen von 1999 (= 27% ihrer Wählerschaft) wandten sich am 7.3.2004 enttäuscht von den Freiheitlichen



ab. Warum siegte die FPÖ trotzdem? Das Unvermögen von SPÖ und Grüne gegen die Bundesregierung zu mobilisieren, erlaubten Haider einen einmaligen Spagat. Populistische Töne gegen die Regierung, Pensionsraub, Ortstafeln (...) gingen Hand in Hand mit der staatstragenden Präsentation Haider als Landeshauptmannpartei („An Besseren krieg ma nimmer“). Aus dieser Rolle heraus gelang es der FPÖ, die eigenen Verluste durch den Zulauf aus einer zerbröselten ÖVP zu kompensieren. Doch nirgendwo sonst ist die FPÖ – momentan – in einer vergleichbar starken Position. Im Gegenteil: Auch in Salzburg setzte sich die Serie der vernichtenden Niederlagen fort. Die FPÖ kann daher nur aus diesem Wahleresultat den Schluss ziehen, sich wesentlich stärker als rechts-populistische Opposition zur ÖVP, aber auch zu den eige-

nen Ministern zu positionieren. Die Koalition mit der SPÖ gibt den Freiheitlichen dafür unverhofft einen zusätzlichen „Persilschein“ und neue Optionen.

VOM „SCHWARZEN ÖSTERREICH“
IST NICHTS MEHR ÜBRIG

Vor wenigen Monaten schrieben die Medien noch von einem angeblich schwarzen Österreich. Heute ist es klar, dass Schlüssel schon in paar Wochen politisch erledigt sein könnte – denn sein Kabinett steht auf immer dünnerem Eis. Doch, was fehlt, ist eine echte Opposition und Alternative! Selbst der Erdrutschsieg der SPÖ in Salzburg ist auf Sand gebaut und wird etwaige Hoffnungen enttäuschen. Gabrielle Burgstaller wurde schon im Wahlkampf nicht müde, sich nach links abzugrenzen und zu betonen, dass sich im Grunde nicht an-

dern wird. Die Grünen waren – wohl auch wegen der Koalition mit der ÖVP in Oberösterreich – erst gar nicht in der Lage, in größerem Umfang zu mobilisieren. Sie blieben teilweise sogar hinter den jeweiligen regionalen Ergebnissen bei der Nationalratswahl 2002 zurück.

ANGRIFFE GEHEN WEITER –
ALTERNATIVE IST NOTWENDIG

Eines ist darüber hinaus sicher: „Nachbesserungen“ – wie die von der Regierung beschlossene Einmalzahlung an die vom Pensionsraub betroffenen PensionistInnen – gibt es nur vor Wahlen. Bis zum Sommer ist daher mit einer neuen Welle von Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse zu rechnen. An oberster Stelle dürften die Einschnitte im Gesundheitswesen und weitere Pensionskürzungen durch „Harmonisierung“ stehen. Ebenso sind weitere Attacken gegen die EisenbahnerInnen (Dienstrecht), Arbeitslose (Abschaffung der Notstandshilfe) und Studierenden (Numerus clausus) vorprogrammiert. Widerstand gegen diese Angriffe ist an verschiedenen Punkten – wie schon im vergangenen Jahr – nicht unwahrscheinlich. Um erfolgreich zu sein, braucht dieser Widerstand Alternativen zum Sozialabbau und allen vier Parteien die voll und ganz auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Die SLP kämpft deshalb für eine neue, sozialistische ArbeiterInnenpartei.

Protest gegen Schulschließung vorerst erfolgreich – HTL-Traun bleibt!

Schließung der HTL in Traun (OÖ) abgewendet

Von Franz Breier junior,
SLP Wien Mitte

Die Ankündigung der Trauner Stadtregierung (SPÖ), die HTL-Traun zu schließen, brachte die Betroffenen auf die Barrikaden.

Die Auseinandersetzung um die HTL-Traun stellt nur die Spitze eines Eisberges dar. Auch in zwei Linzer AHS und einer Welscher Schule droht Gerüchten zufolge die Schließung je eines Schulzweiges.

Sozial- und Bildungsraub sind fixe Bestandteile der Politik der ÖVP/FPÖ-Regierung und waren es auch schon unter SPÖVP in den 1990ern. Mit Kürzungen wird versucht, die Probleme der kapitalistischen Wirtschaft auf ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen und Jugendliche abzuwälzen. Die großen Unternehmen werden im Gegenzug weiter entlastet. In diesem Zusammenhang muss auch die Finanzkrise vieler Gemeinden gesehen werden: Das Verhältnis bei Abgaben und Steuern zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entwickelt seit langem zu Ungunsten der Gemeinden. Im Fall Traun führt

die Vernichtung von 473 Arbeitsplätzen durch den Safilokonzern bei Carrera Optyl nun jährlich zu einem Entgang von 3 % der Bruttolohnsumme an Kommunalsteuer. Gegen diese Schließung von Carrera-Optyl hat die Stadtregierung nicht gekämpft. Sie akzeptiert die Spielregeln des Kapitalismus und damit ihre eigene Krise. Neben der Schule standen laut „OÖNachrichten“ auch das Hallenbad und der City-Bus auf der Abschussliste.

WIDERSTAND HAT GEWIRKT

Die Situation hat sich durch den lautstarken Widerstand nun geändert. Der Druck auf die Stadtregierung führte zu einem vorläufigen Schwenk: So schrieb uns Harald Schuster, SPÖ-Gemeinderat und stv. Schulstadtrat Trauns als Reaktion auf eine unserer Aussendungen, dass „niemand in der SPÖ Traun an die Streichung von Citybus, Hallenbad oder irgendeiner anderen städtischen Einrichtung“ denke. Das ist erfreulich und zeigt, dass sich Widerstand bezahlt macht! Dieser Erfolg

wird jedoch aufgrund der allgemeinen Situation nur von beschränkter Dauer sein.

ES WIRD WEITERGEHEN ...

Die SLP-Oberösterreich hat den Protest der Eltern und SchülerInnen aktiv unterstützt. Wir sammelten Solidaritäts-Unterschriften an einer Reihe anderer Schulen und initiierten ein Bündnis, das im Fall einer Ausweitung der Proteste (Kundgebung, Demonstration) den Betroffenen auch praktisch zur Seite gestanden wäre. Da früher oder später wieder Schließungen und Kürzungen öffentlicher Leistungen drohen werden, ist es nötig, eine grundsätzliche Alternative zur Finanzkrise der Gemeinden zu entwerfen. Diese Finanzkrise muss in direktem Zusammenhang mit der herrschenden neoliberalen Politik gesehen werden. Der Finanzkrise der Gemeinden ernsthaft entgegen zu wirken, verlangt nach der Mobilisierung der betroffenen Menschen in einer umfassenden Bewegung gegen diese bzw. jede andere Sozialraub-Regierung.



Widerstand lohnt sich!

„Ein Erfolg wurde leichtfertig verspielt“

EisenbahnerInnen fürchten nach Streikabbruch massive Verschlechterungen im Dienstrecht

Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften führte eine erfolgreiche Veranstaltung zur Situation bei der ÖBB in der Werkskantine Wien-Westbahnhof durch.

Zur Erinnerung: Erstmals seit 1950 gab es im Jahr 2003 in Österreich große Streikbewegungen. Vor allem durch den zweiten Arbeitskampf bei der ÖBB wurde spürbar, welche Macht die österreichische ArbeiterInnenklasse mit kämpferischen und demokratischen Gewerkschaften eigentlich hätte. Kurz nach dem plötzlichen Streikabbruch durch die Gewerkschaftsführung der EisenbahnerInnen, kam es am Montag den 17.11. zum (vorerst) letzten Streik der AUA-Belegschaft.

Man braucht nicht viel Fantasie um sich ausdenken, was passiert wäre, wenn die EisenbahnerInnen noch übers Wochenende bis Montag gestreikt hätten. Wir meinen: Der Regierungsentwurf zur Zerschlagung der ÖBB wäre vom Tisch gewesen. Was meinen die Betroffenen selbst?

MEHR RÜCKHALT
ALS ERWARTET

Die Veranstaltung der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften fand am 24.2 statt. Sie begann mit einem Film von Karl Fischbacher (Personalvertreter im öffentlichen Dienst und Mitarbeiter der Plattform) der während des zweiten ÖBB-Streiks, gedreht wurde. Viele Filmszenen „spielten“ am Westbahnhof. Mit Gabriele Schaufler, einer ehemaligen Versehrtenvertrauensfrau und Franz Murmenthaler Mitglied des Vertrauenspersonen-



Michael Gehmacher, Gabriele Schaufler, Karl Fischbacher, Franz Murmenthaler und Peter Gugerell (v.l.n.r.), Foto: Sven H.

ausschuss' (Personalvertreter) am Westbahnhof kamen zwei aktive GewerkschafterInnen zu Wort. Verstärkt wurde das Podium mit Peter Gugerell, Pilot und langjähriger Bordbetriebsrat bei der AUA, und Michael Gehmacher (Betriebsrat und SLP-Mitglied) als Vertreter der Plattform. Gabriele Schaufler schilderte in ihrer Einleitung die Situation als Streikposten. Sie machte deutlich, wie sie anfangs von vielen positiven Reaktionen der „Nichteisenbahner“ überrascht wurde. Die massive Hetze gegen die EisenbahnerInnen in Tageszeitungen und Fernsehen hätte Anderes vermuten lassen.

STREIKABBRUCH NICHT
NACHVOLLZIEHBAR

Umso bedauerlicher war es,

dass es seitens des ÖGB wenig Informationsmaterial gab. Der mangelnde Informationsfluss wurde von vielen anwesenden EisenbahnerInnen beklagt. Klar wurde aus den Wortmeldungen, dass die EisenbahnerInnen unter der Hetze der Medien leiden, dass die meisten aber von der positiven Dynamik des Streiks überrascht waren. Als Betroffene spürten sie wohl den Gegendruck von Regierung und Wirtschaft, dass Jammern der Wirtschaft führte aber auch die eigene Stärke vor Augen. Dementsprechend war auch das frühe Ende des ÖBB-Streiks für kaum einen Eisenbahner nachvollziehbar. Ein Eisenbahner berichtete er und seine Kollegen hätten vom Streikende aus dem Radio gehört und es anfangs nicht glauben wollen. „Ein Erfolg

wurde leichtfertig verspielt“ brachte eine Kollegin den Verrat der GdE-Spitze auf den Punkt.

GEWERKSCHAFTSOPPOSITION
AUFBAUEN

Deutlich wurde auch das sich Streiks sowenig wie möglich als passives Verharren am Arbeitsplatz, sondern vor allem auf der Straße – also z.B. vor dem Betrieb abspielen – sollten. Aktive Streikposten, Flugblätter verteilen, Solidaritätsbotschaften sind zentrale Elemente einer kämpferischen Streikplanung. Wo aber war der ÖGB? Diese Frage wurde in diesem Zusammenhang immer wieder gestellt. Der Streikabbruch hat der Stimmung sehr geschadet, den aktuellen Dienstrechtsverhandlungen sehen die vie-

le KollegInnen sehr skeptisch und eher frustriert zu. Peter Gugerell berichtete vor allem davon, wie wichtig es ist, dass sich eine kämpferische Belegschaft möglichst unabhängig vom ÖGB organisiert und möglichst viele Entscheidungen über den Streik möglichst selbst entscheidet. Widerspruch gab es allerdings, als er sagte man solle den ÖGB einfach vergessen. Wir meinen, dass es darauf ankommt, wie und in welchem Interesse der Gewerkschaftsbund geführt wird: Ein starker, kämpferischer und demokratischer ÖGB kann am wirkungsvollsten die Interessen aller ArbeitnehmerInnen verteidigen. Dazu ist aber fraktions- und branchenübergreifende linke Gewerkschaftsopposition notwendig. Einigkeit herrschte bei allen darüber, dass sich kämpferische GewerkschafterInnen zusammenschließen müssen. Der 3. April (EGB-Aktionstag) bietet eine erste Gelegenheit dazu. Der ÖGB wird sich auf eine Diskussionsveranstaltung beschränken. Die Plattform für demokratische Gewerkschaften wird mit einer kämpferischen Kundgebung aufzeigen, dass es im ÖGB viele KollegInnen gibt, die damit nicht zufrieden sind.

TERMIN

19. April, Wien

VERANSTALTUNG der „Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften“ zum Thema: „Ausgliederung des Sozialbereichs in Wien“, 19 Uhr, Sperlhof, 2., Kleine Sperlhofgasse 21

Ihr da oben ...

Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut

Dieser Satz ist der Slogan der neuen Kampagne der Wirtschaftskammer Österreich, der uns seit kurzem im Fernsehen und auf Werbeplakaten ins Auge bzw. Ohr springt. Er spiegelt den wesentlichen Inhalt der Kampagne wider, Opfer der arbeitenden Bevölkerung würden die Lage bessern. Selbstverständlich ist das Gegenteil wahr. Eine Studie der Arbeiterkammer Oberösterreich belegt, dass die realen Nettoeinkommen 2004 pro Arbeitnehmer „gegenüber 1994 sogar um 0,7 Prozentpunkte zurückgehen! Die Produktion pro Arbeitnehmer aber wird um über 17 Prozentpunkte zulegen.“ Die Lohnquote, die den Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen darstellt, sinkt seit nunmehr zwei Jahrzehnten. (www.arbeiterkammer.com/www-387-IP-9794.html)

Steuerreform:
Für Wen?

Ein erstes „Opfer“ bringt die arbeitende Bevölkerung im Zuge der Steuerreform. Sie entlastet die Unternehmen in einer Gesamthöhe von 2 Milliarden Euro. Im Standard vom 24.2. 2004 hieß es dazu: „Die ambitionierteste und ehrgeizigste Steuerreform“ (Wolfgang Schüssel), die Österreich angeblich je gesehen hat, bringt dem durchschnittlichen Steuerzahler eine Ersparnis von rund 15 bis 20 Euro im Monat – ein Bruchteil dessen, was vorher durch höhere Steuern und Abgaben weggenommen wurde (...) Körperschaftssteuerpflichtige Unternehmen trifft es besser: Sie zahlen ab 2005 statt 34 nur noch 25 Prozent. Davon wagten weder Wirtschaftskammer noch Industriellenvereinigung zu träumen, sie forderten nur 29 Prozent.“

Pensionsraub:
Arbeiten bis 80?

Schüssel kommentierte die Pensionsreform am 25.2.: „Erstmals kann man zumindest 10, 15 Jahre des Ruhestandes in relativer Gesundheit und ökonomischer Freiheit verbringen. Das gab es noch nie in der Menschheitsgeschichte.“

Tatsächlich lagen schon 2001 (also vor den Kürzungen) über 75% aller Pensionsleistungen unter 1 000 Euro pro Monat. Viele PensionistInnen sind unmittelbar von Armut betroffen.

Wohin die Reise gehen soll liegt auf der Hand. Die gesetzliche Rente werde „nicht mehr die Funktion haben, den Lebensstandard im Alter zu sichern“, sagte die deutsche Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) im März 2004. Und der österreichische Wirtschafts-„experte“ Streissler erklärte: „Eigentlich wäre ein Pensionsalter von 80 Jahren anzustreben.“

... wir da unten!

Vor dem Hintergrund des Streikjahres 2003, aber auch neuer Angriffe und Gegenwehr finden heuer die AK-Wahlen statt. Die SLP tritt auf der Liste des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) in Wien vom 3. bis 14. Mai 2004 für eine klassenkämpferische Opposition in ÖGB und AK ein und an.

Von Michael Gehmacher, SLP-Gewerkschaftssprecher

Im SLP-Programm zur Arbeiterkammerwahl geht es um eine klare Ablehnung der Sozialpartnerschaft, um Sozialismus als Gesellschaftsalternative, und vor allem darum zukünftige AK-Mandate für eine klassenkämpferische Politik zu nutzen. AK-RätInnen sollen jeden Kampf, den es in Betrieben gibt, unterstützen und mit dem Mandat möglichst viel an Öffentlichkeit und Solidarität organisieren. Die GLB-Liste unterscheidet sich von anderen Listen dadurch positiv, dass fast ausschließlich aktive BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen kandidieren, die weder Privilegien besitzen, noch allzu tief in der Gewerkschaftsbüro-

AK-Wahlen in Wien

SLP-KandidatInnen wählbar. Opposition aufbauen!

kratie verankert sind. Wir sehen die Rolle und Zukunft des GLB aber auch mit sehr kritischen Augen. Der GLB hat insgesamt 2003 kaum versucht, sich als Ansatz für eine kämpferische und demokratische Gewerkschaftsopposition anzubieten. In einzelnen Bereichen (Post, Soziales) spielten GLB-BetriebsrätInnen zwar eine positive Rolle, umgekehrt stimmte der GLB-Vertreter in der Streikleitung der EisenbahnerInnen sogar dem Streikabbruch zu! Besonders negativ ist, dass der GLB auch nicht die „Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften“ unterstützt.

WÄHLEN GEHEN UND AKTIV WERDEN!

Die Schwächung der Regierungsfractionen von

ÖVP und FPÖ bei den AK-Wahlen ist ein wichtiges Ziel. Doch jede Stärkung der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter (FSG) bedeutet nur eine Stärkung der neoliberalen SPÖ-Führung. Echter Widerstand gegen den Sozialabbau bedeutet deshalb dafür zu kämpfen, dass ÖGB und AK die Verbindung zu dieser verbürgerlichten Sozialdemokratie offensiv durchtrennen. Auch Zuwächse für die „Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen“ (AUGE) wären eine Stärkung für eine grüne Parteispitze, die selbst vor einer Koalition mit der ÖVP nicht zurückschreckt. Wir glauben, dass eine Stimme für den GLB deshalb die beste Möglichkeit ist, Protest und Widerstand bei den AK-Wahlen auszudrücken. Wenn der GLB in Wien ein 2. Mandat bekommt, wird die SLP dieses für ein Jahr wahrnehmen können und die Chance haben zu zeigen, wie wir eine kämpferische Interessensvertretung in der AK verstehen. Die wichtigste Priorität liegt aber darin – und das sagen wir vor allem auch allen WählerInnen einer anderen Fraktion – gemeinsam eine klassenkämpferische Opposition in ÖGB und AK aufzubauen.

Osterweiterung – 10 Fragen und Antworten der SLP

Wenn mit 1. Mai 2004 die 10 EU- Beitrittskandidaten Teil der EU werden, erhöht sich die Bevölkerungszahl in der EU um 20% auf fast 500 Millionen Menschen. Die Wirtschaftsleistung der Europäischen Union wächst mit diesem Schritt allerdings nur um 5%.

Von Irene Müller, SLP Wien Margareten

Diese Erweiterung schreibt enorme Entwicklungsunterschiede, Arbeitslosigkeit, Armut, aber auch Aufrüstung und rassistische Gesetze fest. Als SozialistInnen stehen wir deshalb in klarer Opposition zu diesem Prozess und kämpfen international für ein anderes, sozialistisches Europa.

1) Warum wollen Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung die EU-Osterweiterung?

Mit dem Beitritt verpflichten sich die 10 neuen Mitgliedsstaaten zur vollständigen Übernahme sämtlicher Rechtsvorschriften, Verfahren und Bestimmungen der EU. Die EU ist ein neoliberales Projekt. EU-Beschlüsse – wie die Maastrichter und Amsterdamer Verträge – sind überall in Europa Mittel zur Umsetzung von Sozialabbau. Einig sind sich die europäischen Bourgeoisien und ihre Regierungen aber nicht nur bei der Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates. Die billigeren Produktionsbedingungen in den neuen EU- Staaten werden bereits seit Jahren dafür benutzt, um mit Standortverlagerungen zu drohen und dadurch Steuergeschenke für die Unternehmer, Lohnkürzungen und Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu erwirken. Die EU und ihre Erweiterung ist aber auch eine Kampfansage nach außen. Trotz enormer innerer Widersprüche zwischen den nationalen Bourgeoisien in Europa, versucht das (west)europäische Kapital eine gemeinsame Strategie zur Sicherung von Märkten im Osten umzusetzen. Hauptkonkurrent ist dabei die USA.

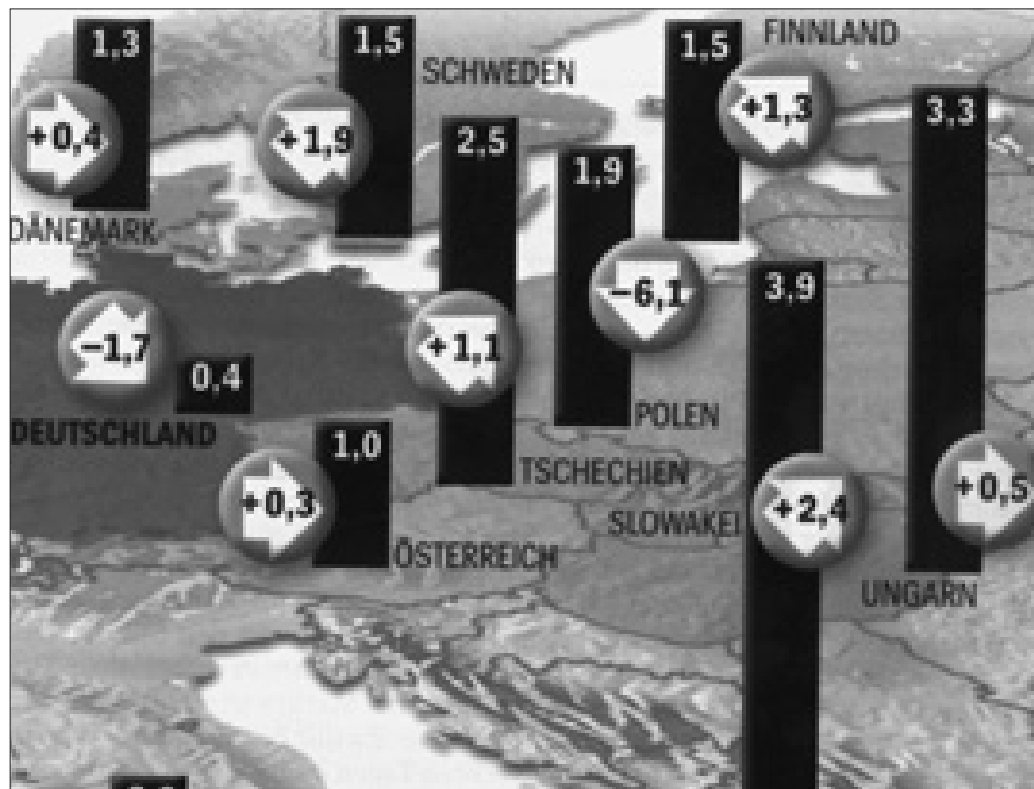
ÖSTERREICHS BOURGEOISIE PROFITIERT

In den letzten 10 Jahren haben sich die heimischen Exporte nach Ost- und Mitteleuropa vervierfacht, ebenso die Investitionen (1999-2002 von 1 Mrd. auf 4,2 Mrd. EUR).

Besonders deutlich werden die Interessen der Wirtschaft im Bankensektor. Alleine österreichische Bankinstitute halten in Tschechien und der Slowakei einen Marktanteil von jeweils 30%. In Polen sind bereits 95% der Banken in ausländischer Hand. Standortsicherung durch Steuersenkung war darüber hinaus ein wesentliches Schlagwort der Industriellenvereinigung im Vorfeld der Erweiterung. Das Ergebnis: Einer der Kernpunkte der aktuellen „Steuerreform“ ist die Senkung der Körperschaftsteuer (KöSt) auf ein europaweites Rekordtief.

2) Müssen wir den österreichischen Arbeitsmarkt durch Übergangsfristen schützen?

Tatsache ist, dass in den neuen Beitrittsländern (bis auf Slowenien) der Durchschnittslohn weniger als die Hälfte des österreichischen Niveaus ausmacht, und die Arbeitslosigkeit im Schnitt doppelt so hoch ist. Es erscheint daher verständlich, dass ArbeitnehmerInnen in Österreich um ihre Arbeitsplätze und Löhne durch Lohndumping fürchten. Mittlerweile haben fast alle alten EU Staaten (mit Ausnahme von Irland) Zugangsbeschränkungen von bis zu sieben Jahren für Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern beschlossen. Nicht nur die FPÖ, sondern auch ÖGB und Arbeiterkammer machten sich stark für solche „Schutzmaßnahmen“. Ist das die Antwort auf mögliche Arbeitsmigration aus den Beitrittsländern? Tatsächlich sind solche Bestimmungen ein gefährliches Mittel zur unbe-



Balken: Durchschnitts-Wirtschaftswachstum 2000-2003, Pfeile: Beschäftigung 2000-2003. Besonders interessant: Polen

grenzten Ausbeutung und zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen in West und Ost.

Auch wenn die Größe der Zuwanderungsströme vor allem von der FPÖ maßlos überzeichnet wird, ist es wahrscheinlich, dass vor allem in den österreichischen Grenzregionen der „Arbeitstourismus“ zunehmen wird. Doch die Antwort auf Lohndumping infolge von „billigeren“ Arbeitskräften aus den Beitrittsländern, kann nicht darin bestehen, den heimischen Arbeitsmarkt abzuschotten. Denn dadurch werden KollegInnen aus den angrenzenden Ländern automatisch in die Illegalität gedrängt. Den ArbeitgeberInnen wird es nur zusätzlich erleichtert, Löhne zu drücken und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Denn für „SchwarzarbeiterInnen“ gibt es kaum Möglichkeiten sich dagegen zur Wehr zu setzen. Nur die sofortige, volle rechtliche und soziale Gleichstellung aller Menschen die in Österreich leben und arbeiten, verhindert das Gegeneinanderauspielen. Wenn Gewerkschaften und AK zur Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufrufen spalten sie ArbeitnehmerInnen und verhindern Solidarität und auch gemeinsame gewerkschaftliche Strategien.

3) Was ist die Antwort auf Lohndumping und Standortwettbewerb?

In einigen gut organisierten Bereichen – wie beim Flugpersonal – gibt es Beispiele für erfolgreichen, internationalen Widerstand. Durch die Solidarität westlicher Airlinebelegschaften und Gewerkschaften konnten z.B. die KollegInnen bei der ungarischen Fluggesellschaft MALEV im Jahr 2001 Kürzungen bekämpfen (vgl.: www.htv.or.at). Eine Möglichkeit, Lohndumping und Standortwettbewerb zu verhindern, besteht im Kampf für europaweit/international geltende Konzernkollektivverträge. Denn sobald ein Betrieb seinen Angestellten die gleichen Löhne zahlen muss, egal in welchem Land er sich befindet, wird es sich kaum mehr auszahlen den ganzen Betrieb zu verlagern. Mittels Standortdrohungen könnte - weder im Westen noch im Osten – kein Druck mehr ausgeübt werden. Um eine Spaltung unter ArbeitnehmerInnen zu verhindern, müssen für alle in der EU arbeitenden Menschen die selben Rechte gelten, egal aus welchem EU-Land (oder auch Nicht-EU-Land) sie stammen. Dazu ist es notwendig,

dass Gewerkschaften und ArbeiterInnen aller EU – Staaten gemeinsame Kämpfe führen. Solche Kämpfe können gemeinsame Blockadeaktionen sein, um ein Abwandern von Betrieben zu verhindern. Oder die Organisation von europaweiten Streiks zur Durchsetzung von einheitlichen Mindestlöhnen und Arbeitszeitverkürzung.

4) Profitieren nicht die Beitrittskandidaten wirtschaftlich am meisten vom Beitritt?

Angesichts der allgemeinen EU-Propaganda vom Wohlstand für alle und den im Vergleich niedrigen Lebensstandards in den Beitrittsländern, ist es verständlich, wenn ein Großteil der Menschen in diesen Ländern, sich von einem EU-Beitritt eine Verbesserung ihrer Lage versprechen. Sieht man sich an, was die europäische Integration den Beitrittskandidaten in den letzten zehn Jahren gebracht hat, bleibt wenig Raum für Optimismus. Durch die neoliberale Öffnung dieser Länder und ihre Verpflichtungen gegenüber IWF und Weltbank, war das letzte Jahrzehnt wirtschaftlich vor allem von Privatisierungen und Deregulierung des Wirtschaftssektors geprägt. Die großen Gewinner der Privatisierungen waren ausländische Investoren, die sich die Rosinen aus dem Kuchen picken konnten. Die Gewinne der ausländischen Investitionen fließen natürlich zurück an die westeuropäischen Mutterkonzerne. So wird beispielsweise in Estland 50% des BIP mittels ausländischer Direktinvestitionen erwirtschaftet, in Ungarn 40%, in Tschechien und Lettland über 30%. Dazu kommen noch die Ströme an Schuldentrückzahlungen an westeuropäische Gläubiger.

Ein weiterer Faktor, der die wirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Beitrittsländer aufzeigt, liegt in der Ausrichtung der Außenhandelsstruktur, die sich in den letzten Jahren immer mehr auf die EU konzentriert hat, und vor allem insgesamt eine negative Handelsbilanz aufweist.

5) Welche Folgen wird der Beitritt für die Bevölkerung haben?

„Die ersten Jahre werden für die ‚Neuen‘ hart“ heißt es auch im sonst „Beitritts – optimistischen“ Standard vom 23.2.2004. Die Realität erscheint noch schlimmer als diese Prognose. Der ungarische Finanzminister Tibor Draskovics hat bereits schmerzhaft Eingriffe zur Budgetsanierung angekündigt, sowie die Notwendigkeit von „strukturellen Reformen“ im Gesundheitswesen bekannt gegeben. Und erst Ende Februar demonstrierten ungarische Bauern gegen die Streichung der staatlichen Subventionen auf Milch. In der Slowakei haben etwa zur selben Zeit drastische Kürzungen der Sozialhilfe zu Aufständen der Roma geführt (siehe Kasten), die schließlich durch den Einsatz des Militärs niedergeschlagen wurden. Deutlich wird vom Standard an anderer Stelle ausgesprochen, dass auch die Beitrittsstaaten Lohndumping und die weitere Zerschlagung traditioneller, industrieller Strukturen erwarten: „Die in der Regel sehr hohe Arbeitslosigkeit - sie ist doppelt so hoch wie der EU-Durchschnitt - werde auch mittelfristig nicht wesentlich zurückgehen. Zwar seien die Lohnstückkosten in den MOEL noch immer niedriger als in der EU, aber es gebe noch billigere Länder.“ (Standard, ebd.; MOEL = Mittel-osteuropäische Länder)

TERMINNE

1. April, SLP Wien Mitte

VERANSTALTUNG: „EU-Osterweiterung – Wem nutzt sie? Wem schadet sie? – Gibt es eine sozialistische Position dazu?“; 19⁰⁰ Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien

2. April, SLP Wien Margareten

VERANSTALTUNG: „Charakter und Hintergrund der EU-Osterweiterung“; 19³⁰ Bunte Kuh, Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

9. April, SLP Wien Margareten

VERANSTALTUNG: „DDR – Gelungene Generalprobe für die Erweiterung?“; 19³⁰ Bunte Kuh, Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

23. April, SLP Wien Margareten

VERANSTALTUNG: „Europäische Linkspartei – Europäische Grüne. Vergleich und Kritik“; 19³⁰ Bunte Kuh, Zentagasse/Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

30. April, SLP Wien Margareten

VERANSTALTUNG: „Freie Fahrt fürs Kapital – Schranken für ArbeitnehmerInnen. Wem nützen Übergangsfristen beim Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt?“; mit einem Vertreter der Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften 19³⁰ Uhr, Ort noch steht noch nicht fest, bitte unter Telefon 01/ 524 63 10 erfragen bzw. auf www.slp.at nachlesen.

6) Ist man als EU-GegnerIn automatisch NationalistIn?

In letzter Zeit sind rechtsextreme Parteien – wie die FPÖ – als scharfe EU-Gegnerinnen aufgetreten. Von ihnen wurde die Brüsseler Bürokratie stark angegriffen. Diese rechtsextremen Parteien haben gemeinsam, dass sie soziale Missstände als Aufhänger für ihre nationalistische Hetze benutzen. Haider und Co. kritisieren den scheinbaren Bedeutungsverlust der nationalen oder regionalen Identität – an der kapitalistischen Struktur der EU haben sie aber nichts auszusetzen. Warum auch? Die Regierungspolitik dieser Parteien ist von Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen und Geschenken an die UnternehmerInnen geprägt, in ihren Programmen vertreten sie die extremsten Positionen gegen Sozialstaat und Gewerkschaften.

INTERNATIONAL GEGEN DIE KAPITALISTISCHE EU UND DIE FPÖ!

Gemeinsam mit ihrer tschechischen Schwesterpartei hat die SLP bereits 2002 ihre Position dazu zusammengefasst: „Tschechische und österreichische SozialistInnen wenden sich gemeinsam gegen die nationalistische Hetze, die vor allem von der FPÖ und der Kronzeitung betrieben wird. Gemeinsam wenden wir uns aber auch in Prag und Wien gegen alle Versuche, von negativen Folgen der EU-Osterweiterung für ArbeitnehmerInnen abzulenken.“ (http://www.slp.at/presse/presse_osterweiterung.html). Dass eine gewisse Anti-EU Stimmung derart von rechtsextremen Parteien aufgegriffen und instrumentalisiert werden konnte, liegt zu einem wesentlichen Teil am Rechtsruck traditioneller ArbeiterInnenparteien. Die Sozialdemokratie schwenkte in den 90er Jahren bedingungslos auf einen kapitalistischen Pro-EU-Kurs ein. Aber auch Gewerkschaften und Arbeiterkammern haben durch nationalistische Töne, aber vor allem durch ihr beständiges Stillhalten gegenüber dem Gesamtprojekt der kapitalistischen EU, rechten Kräften das Feld überlassen. SozialistInnen und aktive GewerkschafterInnen brauchen aber eine unabhängige Position, die sich klar von nationalistischen Tönen und der EU abgrenzt

7) Wird die Schere zwischen armen und reichen Ländern in der EU mit der Erweiterung kleiner?

„Mit einem schnellen Aufschließen zum Westen ist allerdings nicht zu rechnen, denn selbst wenn die zehn Länder ihren Wachstumsvorteil aufrechterhalten könnten – was auf lange Frist eher unwahrscheinlich ist –, benötigten sie beinahe 28 Jahre, um den Abstand zur bisherigen EU auch nur zu halbieren“ gibt sich sogar die konservative Neue Zürcher Zeitung (2.9.2003) wenig optimistisch über die Perspektiven nach dem Beitritt. Schon jetzt steht fest: Der Rückstand der „neuen“ gegenüber den „alten“ EU-Staaten wird sicher nicht durch großzügige Förderungen aus dem EU-Topf ausgeglichen werden. Vor allem in der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) der EU, werden für die neuen Mitgliedsstaaten andere Maßstäbe gesetzt. So sollen sie im ersten Jahr nur 25% der sonst üblichen Förderungen für den Agrarsektor erhalten. Ein anders Beispiel: Polen soll 2006 insgesamt nur 10 Prozent jener EU-Förderungssumme erhalten, die Spanien im Jahr 2001 bekam. Historisch war eine – wenn in Wirklichkeit nur marginale – Abschwächung der Unterschiede zwischen „armen“ und „reichen“ EU-Staaten aber nicht nur Ergebnis von Förderungen die es jetzt sicher nicht geben wird. Hintergrund war damals vor allem ein weltweites Wirtschaftswachstum. Die Prognosen beim Beitritt der DDR zur BRD und zur EU fußten auf ebensolchen – damals aber bereits – völlig überzogenen Erwartungen in die Leistungsfähigkeit des Kapitalismus. Die Arbeitslosigkeit ist in der ehemaligen DDR heute mit, offiziell mehr als 17 Prozent, 2,2 mal so hoch wie im Westen, die Haushaltseinkommen liegen im Schnitt um 20 Prozent niedriger. Seit 1990 sind über drei Millionen Menschen aus den „neuen Bundesländern“ abgewandert. Unsere Schwesterpartei SAV fasste die Entwicklung in Ostdeutschland anlässlich der letzten Bundestagswahl so zusammen: „Die von Kohl versprochenen ‚blühenden Landschaften‘ in Ostdeutschland nach der Einführung der Marktwirtschaft entpuppten sich als blühender Unsinn. Mit staatlichen Subventionen haben

die großen westdeutschen Banken und Konzerne Fabriken, Land und Immobilien aufgekauft. Aufgebaut haben sie nichts, sondern nur die ostdeutsche Wirtschaft ausgeschlachtet und plattgemacht.“ (www.sav-online.de).



Deutsche Soldaten in Afghanistan. Die EU will auch militärisch zum „Global Player“ werden.

„Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität und achten die Rechtsakte der Union in diesem Bereich.“
(aus dem EU-Verfassungsentwurf des EU-Konvents Artikel I-15, Absatz 2)

8) Ist die EU ein Friedensprojekt?

Im Juni 2003 legte der EU-Konvent dem Europäischen Rat auf einer Tagung in Thessaloniki, erstmals den Entwurf einer gemeinsamen EU-Verfassung vor.

Das medienwirksame Scheitern einer Einigung auf eine gemeinsame EU-Verfassung hat die Aufmerksamkeit auf einige wenige Punkte darin gelenkt, bei denen die Auseinandersetzung am größten war. Dabei ist ein wesentliches Projekt der EU die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die ebenfalls ihren Platz in der gemeinsamen Verfassung bekommen soll.

Ein näherer Blick auf diesen Punkt lässt die Phrasen von einem friedlichen Europa der Menschenrechte, als das darstellen was sie sind: schlechte Propaganda.

Denn das mittelfristige Ziel der EU lautet Aufrüstung. So will der Verfassungsentwurf alle Mitgliedsstaaten dazu verpflichten „...ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Artikel I-40 Absatz 3). Und welches andere Interesse kann hinter einer Aufrüstung stehen, als – nach Jugoslawien, Afghanistan (...) – weitere Kriege zu führen? Ähnlich wie die USA will auch die EU durch die „Bekämpfung des Terrorismus“ oder durch „Frieden schaffenden Maßnahmen“ eine geopolitische Rolle spielen. Nicht zuletzt um die eigenen „europäischen“ Interessen – also die der europäischen Unternehmer – gegenüber den amerikanischen Konkurrenten wahren zu können.

DIE EU SPALTET EUROPA

Aber auch nach innen setzt die EU auf Kontrolle und Überwachung. So betrifft zum Beispiel ein weiterer Bestandteil der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik die Asylpolitik. Auch hier sind sich alle Mitgliedsstaaten einig. Die Festung Europa soll so vor jener Zuwanderung aus Nicht EU-Staaten „geschützt“ werden, die nicht den Bedürfnissen des Kapitals entspricht. Gleichzeitig werden nämlich durchaus

auch massiv Billigarbeitskräfte – meist auf Zeit – aus allen Teilen der Welt angeworben. An den neuen EU-Außengrenzen sollen jetzt Speerzäune, riesige Auffanglager und komplexe Sicherheitsanlagen mit einer eigenen Grenzschutz-

abhängig ist, so wenig werden durch die Erweiterung innere Widersprüche beseitigt. Im Gegenteil: Das Gerangel um Zahlungen in den EU-Topf, Kompetenzen, aber auch knallharte Konkurrenz um die neuen Märkte im Osten werden weiter zunehmen. Selbst optimistische Prognosen gehen langfristig von lediglich 2 Prozent Wachstum im EU-Raum aus – unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, dass die USA weiter als Wachstumslokomotive der Weltwirtschaft fungiert. Tatsächlich war bereits der Zusammenbruch des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Jahr 2003 Ausdruck einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung. Laut dem Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts Helmut Kramer hatte die Nichteinhaltung der Konvergenzkriterien durch mehrere EU-Mitgliedsstaaten „eine schwere politische Krise der EU zur Folge“ – ein Vorgeschmack auf künftige Turbulenzen.

WIDERSPRÜCHLICHES GEBILDE

Ein entscheidender Widerspruch in der EU besteht in der Existenz eines Binnenmarktes und einer teilweise gemeinsamen Währung auf der einen, aber der Unmöglichkeit auf der anderen Seite, einen gemeinsamen Staat zu bilden. Es existieren weder eine gemeinsame europäische Bourgeoisie, noch gemeinsame ökonomische Steuerungsinstrumente. Die europäischen Entscheidungsgremien sind alles andere als „europäisch“ – sie sind Stätten eines oft peinlichen, nationalistischen Hick-Hacks. Europas Kurs wird dort von den nationalen Bourgeoisien und ihren Regierungen bestimmt, die sich gerade in Krisenzeiten aufgrund ihrer divergierenden Interessen wieder verstärkt auf den eigenen Staat konzentrieren, um Schutz und Subventionen zu erhalten. Bereits während der letzten Monate sind auch im Zuge der geplanten Erweiterung einzelne Bruchlinien sehr deutlich hervorgetreten. Während des Irakkrieges hat sich etwa gezeigt, dass Polen und die tschechische Republik – durch die Kriegsunterstützung gegenüber ihrem wichtigen Handelspartner USA – die Blockbildung in der EU enorm verstärkt haben.

10) Was ist die Alternative zur kapitalistischen EU?

Die EU spaltet durch die Verstärkung von Ungleichheiten Europa. Europas Kapitalisten sind sich gleichzeitig einig in ihren Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse, soziale Errungenschaften, Löhne und Arbeitszeitregelungen. Diese werden unter der Fahne der EU umgesetzt – Nationalismus und Rassismus gehören deshalb zu den Begleiterscheinungen dieser Entwicklung. Angesichts der Osterweiterung liegt es auf der Hand: Die Verteidigung der Interessen der ArbeiterInnen muss durch gemeinsame Kämpfe aller europäischen ArbeiterInnen erfolgen.

Die ArbeiterInnenklasse braucht aber eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen EU. Für eine tatsächliche Vereinigung Europas müsste zuerst die EU durch eine gemeinsame Bewegung der ArbeiterInnenklasse in Ost und West aufgelöst werden. Unser Ziel ist eine sozialistische Föderation europäischer Staaten, als erster Schritt für Sozialismus weltweit.

truppe entstehen. Asylsuchenden die über ein „sicheres Drittland kommen“ soll in Zukunft das Asylverfahren überhaupt verweigert werden können. Erstmals soll es auch eine offizielle Liste solcher Drittländer geben. In Österreich wird damit das Asylrecht praktisch endgültig abgeschafft – alle uns umgebenden Staaten haben diesen angeblich sicheren Status.

9) Wird die Erweiterung die EU stabilisieren?

Dass die EU nicht halb so „vereint“ und harmonisch funktioniert, wie die offiziellen Propagandamaterialien glauben machen wollen, haben die zahlreichen Konflikte allein im letzten Jahr bewiesen. Erwähnt sei hier nur das Scheitern einer gemeinsamen EU-Verfassung und der darauf folgenden Diskussion um ein Kerneuropa. Und so sehr das Westeuropäische Kapital wirtschaftlich auch von der Osterweiterung

Roma-Aufstand erschüttert die EU

Wenige Wochen vor der Erweiterung hat der erste Romaufstand seit Jahrhunderten nicht nur Österreichs Nachbarstaat Slowakei, sondern die ganze EU erschüttert. Roma stellen in ganz Osteuropa eine bedeutende Minderheit. In der Slowakei sind es rund 400.000 Menschen (10% der Bevölkerung). Fast die Hälfte dieser Menschen lebt praktisch in Ghettos – in isolierten Siedlungen ohne Wasser, Strom und Kanalisation am Rande der Gesellschaft. Nur ein Fünftel aller Roma ist erwerbstätig. 60 Jahre nachdem in den Konzentrationslagern mindestens 250.000 Sinti und Roma ermordet wurden, sind sie ständiger staatlicher Diskriminierung und rassistischen Attacken ausgesetzt. Anfang Februar hat die slowakische Regierung unter Führung der Christdemokraten, nach einer Reihe anderer neoliberaler Maßnahmen, wie der Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 19% und einer Anhebung der Mehrwertsteuer ebenfalls auf 19%, die Halbierung der Sozialhilfe beschlossen. Statt bisher 2900 Kronen (rund 70 EUR), sollen Einzelpersonen nur mehr 1450 Kronen erhalten, und Familien, die bisher für jedes Kind bis zu 1600 Kronen extra bekamen, sollen nicht mehr als 4210 Kronen beziehen. 80 Prozent der Roma wurde damit mit einem Schlag die Lebensgrundlage entzogen. Die Folge war ein unorganisierter Aufruhr, eine Hungerrevolte für welche die slowakische Pro-EU-Regierung nicht nur Worte der Verachtung fand: Polizei und Militär droschen diesen Aufstand einfach brutal nieder. Die EU vergoss einige Krokodilstränen, obwohl die Kürzung der Sozialhilfe gerade eben als Vorbereitung auf den Beitritt von der selbst EU und der slowakischen Regierung begründet worden war.

Oberlandesgericht bestätigte Urteil in der zweiten Instanz

Klage gegen SLP-Frauensprecherin erfolgreich abgewiesen

Von Claudia Sorger,
SLP-Frauensprecherin



Claudia Sorger bei einer Kundgebung gegen HLI

Am Montag, den 15. März fand der allerletzte Verhandlungstermin – diesmal vor dem Oberlandesgericht – im Prozess von Human Life International (HLI) gegen die Frauensprecherin der SLP, Claudia Sorger statt. Sie war aufgrund eines Artikels, in dem sie den „alltäglichen Terror“ von Human Life International beschrieben hatte, von Dietmar Fischer, dem Chef von HLI, wegen übler Nachrede verklagt worden. Das Landesgericht wies die Klage bereits im Juni 2003 in allen Punkten zurück. HLI ging sofort in Berufung. Jetzt wurde das Urteil vom Oberlandesgericht bestätigt.

Gegenstand der Klage war ein Artikel mit dem Titel „Terror vor der Klinik“, der zum Internationalen Frauentag in der Volksstimme (Nr. 10/2002) erschienen war und in dem die Methoden der radikalen Abtreibungsgegner beschrieben wurden. Folgende im Artikel enthaltene Punkte wurden in der Klagsschrift als unwahr bezeichnet: Die MitarbeiterInnen von HLI „würden Terror vor der Klinik ausüben; würden Frauen beschimpfen und sogar am Betreten der Klinik hindern; würden Morddrohungen verbreiten; würden Lügenpropaganda verbreiten; würden Psychoterror ausüben.“ (aus der Klagsschrift vom 17.4.2002) Vertreten ließ sich Fischer von der Anwaltskanzlei Gheneff-Rami, der ehemaligen Kanzlei von Justizminister Böhmdorfer. Im Laufe des Verfahrens wechselte der HLI-Chef dann zur Anwaltskanzlei von Alfons Adam, dem Obmann der ultrakonservativen Pro Vita Bewegung für

Menschenrecht auf Leben.

Bestimmend für die Urteilsfindung waren die Zeugenaussagen betroffener Frauen, die von den Belästigungen und Beschimpfungen berichteten sowie die Bestätigung des Personals betroffener Abtreibungskliniken. Insgesamt wurde im Rahmen des Verfahrens ausreichend bewiesen, dass HLI Psychoterror gegen Patientinnen und Klinikpersonal ausübt.

Wenn die radikalen Abtreibungsgegner mit ihrer Klage durchgekommen wären, hätte das einen enormen finanziellen Verlust und eine Bedrohung für die politische Aktivität für die SLP bedeuten. Aber nicht nur auf uns hätte eine Niederlage katastrophale Auswirkungen gehabt. Eine verlorene Klage hätte eine weitere Offensive gegen das Frauenrecht auf Abtreibung bedeutet. Deshalb war es notwendig, im Rahmen der Verteidigung vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zahlreiche Frauen (ehemalige Patientinnen) und Klinikpersonal unterstützten uns dabei, indem sie aussagten, was ihnen vor den Kliniken widerfahren ist.

Die Aussagen einzelner Zeuginnen gingen sogar über die im Volksstimme-Artikel beschriebene Vorgangsweise der militanten Abtreibungsgegner

hinaus. Besonders erschütternd war die Aussage einer jungen Frau, die von HLI-AktivistInnen gegen ihren Willen im „Lebenszentrum“ zwei Stunden festgehalten worden war. Trotz dieses strafrechtlichen Tatbestandes wurden seitens des Gerichtes keine weiteren rechtlichen Schritte eingeleitet, was die Untätigkeit des Staates gegen die kriminellen Aktivitäten der radikalen AbtreibungsgegnerInnen bestätigt. Mit Unterstützung aus höchsten Kreisen der katholischen Kirche und ÖVP & FPÖ agieren die HLI-AktivistInnen mit Methoden, die bis ins Kriminelle reichen.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch muss weiterhin verteidigt werden! Die SLP hat mit der Kampagne zur Verteidigung von Frauenrechten und mit dem gewonnenen Prozess einen entscheidenden Beitrag geleistet.

TERMIN

16. April, SLP Wien Margareten

VERANSTALTUNG: „Der lange Kampf für das Recht auf Abtreibung - Präsentation der neuen SLP-Broschüre“; 19⁰⁰, Ort bitte unter Telefon 01/524 63 10 erfragen bzw. auf www.slp.at nachlesen.

Langer Kampf für das Recht auf Abtreibung

Neue Broschüre



Die völlig neu überarbeitete Broschüre „Volle Selbstbestimmung für Frauen – Gegen den Terror der AbtreibungsgegnerInnen“ ist im Zuge unserer Kampagne „Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!“ entstanden und soll die Hintergründe des Konfliktes um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch aufzeigen. Die Methoden der international agierenden Anti-Abtreibungsterroristen werden darin ebenso beschrieben wie die Verbindungen zu katholischer Kirche und Regierungsparteien.

Die Sozialistischen Linkspartei tritt seit dem „Marsch fürs Leben“ 1997 gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen auf. Seit damals organisieren wir Protestkundgebungen und Diskussionsveranstaltungen zu diesem Thema und dokumentieren die Aktivitäten des „Pro Life“-Netzwerkes. Ab 2001 führten wir diese Kampagne auch zur Verteidigung der „Lucina“-Frauenklinik in Wien, die zu einem der Hauptangriffsziele der radikalen AbtreibungsgegnerInnen geworden ist. Seit damals fanden jeden Monat Kundgebungen vor der Lucina-Klinik statt, um gegen die HLI-„Gebetszüge“ zu demonstrieren und wir waren gegen die Umzüge von „Jugend für das Leben“ in Wien, Salzburg und Graz aktiv.

EUR 4,50 (inkl. Versand). Bestellen: 01-524 63 10 oder slp@slp.at

Aktiv für Frauenrechte und gegen Rassismus

Kundgebung am Frauentag (8. März) / Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Linz und Amstetten



Von Laura Rafetseder,
LP Wien Mitte

Die Kundgebung der SLP zum internationalen Frauentag am 8. März stand dieses Jahr unter dem Motto „Flexibilisierung – Liberalisierung – Deregulierung: Gut für Unternehmen, schlecht für Frauen“.

Passend dazu: der Ort Mariahilferstraße, wo vor allem die Frauen im Handel angesprochen werden sollten. Mit Flugblättern, Reden und dem Verkauf der Zeitung griffen Genossinnen und Genossen der SLP gemeinsam schlechte Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten sowie die miese Bezahlung, mit der Frauen in der Arbeitswelt zu kämpfen haben, auf. Die Kundgebung

stieß auf reges Interesse von Seiten der Passantinnen und Kolleginnen in den Geschäften. Insgesamt wurden 26 Zeitungen und 33 Broschüren verkauft. Flugblätter wurden auch in St. Pölten verteilt, wo uns eine junge Kollegin aus dem Gastgewerbe bestätigte: „Wir Frauen zahlen als Erste drauf, wenn irgendwo gespart wird – in meinem Betrieb werden Frauen oft als Erste gekündigt, wir müssen sonntags und abends arbeiten, ohne entsprechende Zuschläge zu bekommen, haben kaum mal ein Wochenende frei. Und die Regierung würde uns am liebsten hinter den Herd stecken und eine Schürze umbinden.“

ENTLANG DER WESTBAHN

Im vergangenen Monat fanden SLP und SWI - Infotische und Aktionen in Salzburg, Linz und Amstetten statt. Die

Kundgebung in Amstetten war die erste Aktion von SWI in der Umgebung und war mit 15-20 Jugendlichen gut besucht. Auch die NÖN berichtete von einer „Demonstration der SLP gegen Rechtsextremismus“. Wir verteilten in Linz und Amstetten Flugblätter, in denen wir erklärten, wie die wirtschaftliche und soziale Krise sowie das Fehlen einer sozialistischen Alternative den Boden für das Erstarken rechtsextremer Kräfte wie dem Bund freier Jugend bereitet. Ein Faktor: die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Allein im Raum Amstetten rittern rund 12000 arbeitslose Jugendliche um 1500 freie Stellen. Lisa, 17, arbeitslos, erzählte uns: „Besonders für uns Jugendliche ist es zurzeit sehr schwer einen Job zu finden – in den letzten Monaten haben viele Kleinbetriebe zugesperrt, auch das Fotogeschäft, in dem ich gearbeitet habe.“

Jetzt bin ich selbst auf Arbeitssuche.“ In Linz fand am 28.2. eine Demonstration gegen rassistische Türsteherpolitik und staatlichen Rassismus statt. Konkreter Anlassfall: Der Unabhängige Verwaltungssenat hatte dem Besitzer des Lokals „Globe“ darin recht gegeben, Schwarze grundsätzlich abweisen zu können. Rund 100 Demonstranten, darunter SLP Mitglieder, Schüler und Schülerinnen, MigrantInnenorganisationen und GewerkschafterInnen, erteilten dieser Politik eine klare Absage.

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 10,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. PSK 8812.733

SLP IN EIGENER SACHE

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-Ortsgruppe Wien-West

Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-Ortsgruppe Wien-Margareten

Jd. Fr. 19.00 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-Ortsgruppe Wien-Mitte

Jeden Donnerstag um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftg. 8

SLP-Ortsgruppe Wien-Nord:

Jeden Freitag, 18.30 Uhr, „Peer Gynt“, 20., Jägerstr. 38

SLP-Linz:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr „Alte Welt“ (im Keller), Hauptplatz 4

SLP-Salzburg

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im „Shakespeare“ (beim Mirabellplatz)

SLP-Amstetten:

Anzutreffen samstags bei den Treffen von SWI, 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen

Die SWI-Treffpunkte:

SWI in Wien

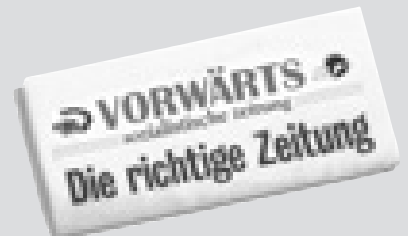
Jeden Montag um 18.00 Uhr, Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

SWI in Salzburg

jd. Di. 19.00 Uhr im „Shakespeare“ (beim Mirabellplatz)

SWI-Amstetten:

Immer Samstags 16.00 Uhr, Segafredo am Hauptplatz. Nicht regelmäßig: Daher Termine unter Tel. 01/524 63 10 erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10

oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort „Abo“ nicht vergessen!
* Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

Leo Trotzki empfiehlt:

„Das musst Du gelesen haben!“

Krise des Kapitalismus
Wer soll das bezahlen?
Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut

A5, 56 Seiten, EUR 4,- (inkl. Versand)

Broschüre wird bei Überweisung auf Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen, Anschrift und Kennwort nicht vergessen!



Neues aus dem CWI

Das 2-Parteien-System brechen!

US-Wahl: Während die bürgerlichen Medien geschlossen das bereits sichere Antreten von Ralph Nader bei den Präsidentschaftswahlen 2004 verurteilten, unterstützt die amerikanische Schwesterpartei der SLP – die Socialist Alternative – diesen Schritt. Eine Stimme für Nader ist ein klares Signal gegen die Kriegspolitik und für die Unterstützung sozialer Proteste und Streiks. Umgekehrt würde nicht nur Bushs Wiederwahl eine Kampfansage gegen die ArbeiterInnenklasse in den USA bedeuten. Denn auch über den demokratischen Kandidaten Kerry heißt es in im Statement der Socialist Alternative: „Tatsächlich ist John Kerry der reichste Mann im Kongress, über \$ 550 Millionen Dollar schwer ... Das weiße Haus unter Kerry würde die Besetzung des Iraks fortsetzen ... Kerry war ebenso auch ein heftiger Befürworter aller Freihandelsabkommen“. Insgesamt gilt es den Widerstand gegen künftige Angriffe vorzubereiten – anstatt das vermeintlich kleinere Übel zu wählen.

Komplettes Statement unter: www.socialistalternative.org

CWI in neuem Buch über Trotzismus

Deutschland: „Das Komitee für eine Arbeiterinternationale (englische Abkürzung CWI) wurde 1974 gegründet und ist in 38 Ländern vertreten. Mit bedeutenden Sektionen zum Beispiel in Nigeria und Sri Lanka und einer Vertretung auf allen Kontinenten ist das CWI eine tatsächlich globale Organisation.“ So lautet der Beginn eines Kapitels im demnächst erscheinenden Buch „Trotzkismus – Einführung in seine Grundlagen – Frage nach seiner Zukunft“ im deutschen Schmetterling-Verlag.

Näheres unter: www.socialistworld.net/german/index.html

Widerstand gegen Krise & Kapitalismus

Deutschland: Widerstand braucht sozialistische Ideen. Die SAV organisiert vom 28. bis 30. Mai 2004 die Sozialismustage 2004 in Berlin (Jugendkulturzentrums Pumpe, Lützowstr. 42, U Nollendorfplatz). Drei Tage gibt es Infos, Debatten und Austausch mit internationalen Gästen, mit AktivistInnen aus Betrieben & Gewerkschaften und der sozialen Bewegung.

Anmeldung unter: www.sav-online.de

www.socialistworld.net

Haiti: Vertreter der ehemaligen Diktatur drängen zur Macht

USA und UNO unterstützen rechten Putsch

Von Laura Rafetseder,
SLP Wien Mitte

Über Wochen hinweg war Haiti, eines der ärmsten Länder der westlichen Hemisphäre, von gewaltsamer Rebellion, Angst und Terror zerrissen. Nur kurz nach Aristides – offensichtlich vom CIA befohlen – Flucht, entschied der UN-Sicherheitsrat, „Friedenstruppen“ nach Haiti zu schicken. Mit Gerard Latortue wurde nun ein Kompromisskandidat der USA und Frankreichs – beide sind zurzeit mit solchen Truppen im Land präsent – zum Regierungschef ernannt. Die Bush-Administration erklärte inzwischen, alle Flüchtenden umgehend und mit aller Gewalt abweisen zu wollen. Aristide war 10 Jahre bestimmend für die Politik Haitis gewesen und hatte ursprünglich die Unterstützung der ärmsten Schichten der Bevölkerung.

VOM ARMENPRIESTER ZUM CLINTON-VERBÜNDETEN

Als katholischer Priester in den Slums von Port au Prince gewann Aristide in den 80er Jahren eine große Anhängerschaft, indem er die korrupte und brutale Diktatur Jean Claude Duvaliers und dessen Folgeregime herausforderte. Damals beendeten die Massen die Herrschaft des Despoten „Baby Doc“ - Aristides Partei wurde mit überwältigender Mehrheit gewählt. An der



US-Soldaten vor dem Präsidentenpalast in Port au Prince (Haiti)

Macht gelang es dem „Priester der Armen“, aber nicht, die hohen Erwartungen der breiten Bevölkerungsmehrheit zu erfüllen. Er führte lediglich kleinere Reformen durch und machte deutlich, dass er im Rahmen des kapitalistischen Systems bleiben werde.

PUTSCH, GEGENPUTSCH UND SOZIALE KATASTROPHE

Nur 8 Monate nach seinem Amtsantritt 1991, wurde Aristide von einem militärischen Coup aus dem Amt geputscht. Schon damals zeigte er sich zahnlos und forderte seine Anhänger in den Slums auf, friedlich zu bleiben, während die Militärs die Macht ergriffen und mehr als 3000 Menschen im Laufe ihrer drei Jahre dauernden Herrschaft töteten. 1994 wurde Aristide von der Clinton-Regierung durch

einen militärischen Eingriff wieder im Amt eingesetzt. Clinton war besorgt über die große Zahl an Flüchtlingen, die dem blutigen Regime der Militärs zu entkommen suchten. Er wollte ein Regime, das von Washington besser zu kontrollieren sein würde. Aristide enttäuschte die US-Administration nicht und setzte die Sparprogramme des IWFs weiter um. Massenarbeitslosigkeit und eine Vertiefung der Armut waren die Folge. Diese Politik war zutiefst unpopulär und verursachte große Wut unter der verarmten Bevölkerung. Durch geschickten Populismus gelang Aristide 2000 trotzdem die Wiederwahl – allerdings mit wesentlich geringerer Wahlbeteiligung und auch wegen der Angst vor der Wiederkehr der Militärs. Aber auch die neue Amtsperiode Aristides

brachte eine Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die Wirtschaft befindet sich heute in einer desaströsen Situation, die Preise für die Hauptexportgüter Kaffee, Rum und andere Agrarprodukte sind im Keller. Die Lebenserwartung ist aufgrund der tiefen Armut und der hohen Verbreitung von Aids bereits auf 49 Jahre gesunken.

KEINE ALTERNATIVE

In der Vergangenheit haben politische Figuren wie Aristide, die im Grunde Teile der Mittelklassen in der neokolonialen Welt repräsentierten, oft radikale Maßnahmen umgesetzt – etwa mit weit reichenden Verstaatlichungen. Aristide aber kam gerade zu dem Zeitpunkt an die Macht, als die stalinistischen Staaten zusammenbrachen und der

Kapitalismus in die Offensive ging. Ihm fehlte ein sozialistisches Programm, das die Schlüsselindustrie in öffentliches Eigentum überführt und unter demokratische Kontrolle durch die ArbeiterInnen-schaft gestellt hätte.

BUSHS REGIERUNG NIMMT ARISTIDE INS VISIER

Das Wachsen der politischen und sozialen Krise in Haiti bewirkte schließlich einen Kurswechsel der Bush Regierung. Teile der Republikaner erklärten Aristide zu einem „linken“ Führer und zweiten Fidel Castro. Die Bush-Regierung entschied sich relativ rasch nach Scheitern der Vermittlungsversuche zwischen Aristide und der Opposition für eine Neuausrichtung ihrer Politik in Haiti. Die US-Regierung unterstützt jetzt gemeinsam mit den UN-„Friedenstruppen“ offen die Führer ehemaliger Todesschwadronen, Offiziere und die politischen Repräsentanten der alten, reichen Elite. Die einzige Kraft, die tatsächlich vernünftige Verbesserungen für die soziale Situation Haitis bringen kann, ist die ArbeiterInnenklasse Haitis, gemeinsam mit den Armen in Stadt und Land und der ArbeiterInnenklasse der gesamten Region. Um das zu erreichen, brauchen die arbeitenden Massen eine unabhängige Organisation in Form einer Partei mit klarem sozialistischem Programm.

Mullahs wieder auf dem Vormarsch?

Konservative Geistliche setzen sich im Kampf um die Macht im Iran vorerst durch

Von Ali Kropf,
SLP Wien Mitte

1997: Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich überraschend der „Reformer“ Saya Mohammed Khatami durch. Die Macht der Mullahs war zumindest angeknackst. 2004 scheint alles anders.

Im Jänner 2004 wurde ein neues iranisches Parlament gewählt – die Reformer wurden vernichtend geschlagen. Als entscheidend hat sich erwiesen, dass die Unterstützung Khatamis in der Bevölkerung gebrochen wurde. Gleichzeitig hat der alles kontrollierende „Wächterrat“ bereits im Vorfeld massiv eingegriffen, um Überraschungen vorzubeugen. Rund 2.300 KandidatInnen, davon 80 bisherige Abgeordnete wurden kurzerhand von den Listen gestrichen. In über 200 Wahlkreisen blieb nur noch der Kandidat der Konservativen.

ZAHNLOSE „REFORMEN“

Mit der Präsidentschaft Khatamis wurden viele Hoffnungen auf Freiheit, Demokratie und Verbesserung der

Lebensbedingungen verbunden. Schon bald stellte sich heraus, dass Khatami nicht gewillt war, sich tatsächlich auf einen Kampf mit den religiösen Führern einzulassen. Schließlich trägt er selbst den Titel „Hodschat-ul-Islam“ (=Beweis des Islam).

Tatenlos sah er zu, wie gegen Oppositionelle mit aller Härte vorgegangen wurde. An die 100 kritischen Zeitungen wurden ohne sein Einschreiten verboten. Es wurde nicht versucht, die Macht des „Wächterrats“ einzuschränken und das politische Gefüge nachhaltig zu verändern. Stattdessen bezeichnete er 1999 demonstrierende StudentInnen in Teheran als „Hooligans und Aufrührer“.

REVOLUTIONÄRE TRADITION

Im Jänner 1979 stürzte die iranische Revolution das Regime des verhassten pro-US-amerikanischen Schah M. Reza Pahlewi. Gestützt auf eine gewaltige Streikbewegung konnte die Verstaatlichung der wichtigsten Industriezweige erkämpft werden. Im Laufe der Revolution zeigte

sich jedoch ihre Schwäche: Es gab keine Partei, die sich an die Spitze der Bewegung stellte und die Revolution zu Ende führte. Die starken Kommunisten wollten in Übereinstimmung mit der stalinistischen Etappentheorie, gemeinsam mit den religiösen Führern die bürgerliche Demokratie erreichen. Ausgestattet mit dieser Autorität in der Bewegung und revolutionären Phrasen, gelang es Khomeini und den Mullahs das soziale Element der Revolution immer weiter in den Hintergrund zu drängen und jede linke Opposition zu zerschlagen. Am Schluss stand nicht die Abschaffung des Kapitalismus, sondern die islamische Republik Iran. Trotzdem bedeutet der jetzige Wahlerfolg keinen anhaltenden Sieg der Konservativen – nur 50 Prozent gingen überhaupt wählen!

Die Mullahs haben ihre Autorität weit gehend verloren. Rund die Hälfte der Bevölkerung ist nach 1979 geboren und hat genug von der wirtschaftlichen und politischen Sackgasse des Kapitalismus „islamischer Prägung“.



Bilder wie 1979: Demonstration für die Macht der Mullahs. Heute allerdings im Irak (2003), im Iran haben vor allem Junge die Mullahs satt.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 136

März/April 2004

Black and White unite and fight Rechtsextreme stoppen!

Übergriffe auf Linke und MigrantInnen nehmen zu / Gegenwehr notwendig

Von Günter Mörtenböck,
SLP OÖ, Linz

In den letzten Jahren kam es zu einem rasanten Anstieg von rechten Übergriffen auf ImmigrantInnen und Jugendliche. Während sich in den 90ern große Teile der der Naziszene in die damals starke FPÖ zurückzogen, begannen sie nun, wo die Freiheitlichen in der Krise sind, sich wieder neu zu formieren.

Im Jänner wurde mit 350.000 Arbeitslosen die höchste Arbeitslosenrate in Österreich erreicht – die Jugendarbeitslosigkeit ist seit dem Antritt von Schwarz-Blau um 55% gestiegen. Da – auch in Oberösterreich – von den 4 großen Parteien heftig eingespart wird (Bildung, Gesundheit etc.), haben rechtsextreme Gruppierungen wieder neue Möglichkeiten, um ihre Propaganda zu verbreiten. Auch auf die breite Protestbewegung gegen Krieg und Imperialismus versuchen solche Kräfte aufzuspringen.

So wurde etwa vom Bund Freier Jugend (BFJ) der Irakkrieg als Krieg der Juden bezeichnet. Auch die Osterweiterung wird mit rassistischen Argumenten „bekämpft“. Es ist nicht nur die Aufgabe von Linken, SozialistInnen hier klar zu machen, dass Rassismus und Antisemitismus nichts mit dem Kampf gegen Sozialabbau und Imperialismus zu tun haben. Wir dürfen den Rechten hier keinen Fußbreit des Feldes überlassen und müssen eine kämpferische Bewegung von Jugendlichen, ArbeitnehmerInnen und aktiven GewerkschafterInnen aufbauen.

FIGHT FASCISM

In Oberösterreich sind derzeit die Arbeitsgemeinschaft für „demokratische“ Politik (AFP) und die Nachfolgeorganisation der verbotenen AFP-Jugend, der Bund Freier Jugend (BFJ) besonders aktiv. Die AFP wurde 1963 in Wien gegründet. Zwischenzeitlich wurde sie dann mehrmals verboten. Allerdings ist sie nun seit 1987 eine in Österreich

wieder rechtlich angemeldete Partei. Der Bund Freier Jugend (BFJ) wurde Anfang 2003 gegründet hat in Linz rund 100 Sympathisanten und 30 Mitglieder, ein eigenes Lokal (Heimat Stub'n) und 5 weitere Gruppen in Oberösterreich (Wels, Marchtrenk, Ried, Braunau und Ansfelden). Es wurde von ihnen bereits ein Tag der Volkstreuen Jugend in Nettingsdorf/OÖ, eine Sonnwendfeier in Eferding, ein „Marsch auf den Spuren unserer Ahnen“ im Mühlviertel, eine Wanderung in Spittal am Phyrn/OÖ und zwei Straßenaktionen in Linz und Wels durchgeführt. Die Aktivisten des BFJ treten im Gegensatz zu den „üblichen“ österreichischen Neonazi-Gruppierungen vorwiegend nicht als Schläger, sondern primär als „brave Bürger“ in Erscheinung.

SIMPLY RACISTS

BFJ und Co. verharmlosen den Faschismus und betreiben Ausländerhetze. Auch in

der jüngsten Ausgabe seines Jugend Echos (1/2004) stimmt der BFJ offen rassistische Töne an. Unter dem Schlachtruf „Heimreise statt Integration“ ist die Rede von „hier lebenden Neger[n] und Türken“, die „nicht gerade die Eliten ihrer Stämme“ seien. Der Hetzartikel gipfelt in der Forderung, „Ausländer“ müssten „als solche erkennbar bleiben!“ Denn: „Nur wenn diese fremden Menschen auch weiterhin ihre fremden Sitten und Bräuche ausleben, dauerhaft und in zunehmendem Maße als Fremde erkennbar sind, ist eine Erkennung der Gefahr durch Unterwanderung möglich und eine Umstimmung im Volk gesichert!“ Auch heuer wird der BFJ am 20. März im Großraum Steyr wieder einen „Tag der volkstreuen Jugend“ durchführen. Gegenmobilisierungen werden erwartet.

FIGHT RACISM

In Linz hat das OÖ-Netzwerk gegen Rassismus und

testkundgebungen vor dem „Globe“ geben.

UNITE FOR SOCIALISM

Um Faschismus und Rassismus erfolgreich zu bekämpfen ist es nicht nur notwendig, einzelnen Gruppen zu bekämpfen sondern auch das Grundübel, den Kapitalismus. Rassismus ist auch ein wichtiges Werkzeug der etablierten Parteien – und nicht nur rechtsextremer Gruppierungen – um die ArbeiterInnenenschaft zu spalten und somit auch zu schwächen. Gerade in Krisenzeiten nimmt diese Tendenz wieder massiv zu. Deshalb ist es wichtig, jetzt eine Alternative zum kriselnden Kapitalismus aufzubauen. Nur eine sozialistische Welt kann eine Welt ohne Rassismus, Sexismus, Krieg und Ausbeutung sein.

GET ACTIVE

Ein absolutes Highlight unserer Antifa-Kampagne, die wir unter dem Motto Arbeitsplätze statt Ausländerhetze führen, wird der von SWI veranstaltete bundesweite Jugendkongress gegen Rassismus und Sozialabbau am 24. und 25. April in Wien sein. Wir werden über die rechtsextreme Szene in Österreich diskutieren und erklären, wie man Faschismus bekämpfen und Rassismus verhindern kann. Des Weiteren werden wir auch Workshops zu Themen wie Alternative zum Kapitalismus aufbauen – aber wie?, EU-Osterweiterung etc. anbieten. Join the meeting!

TERMINE

17. April, Braunau

DEMONSTRATION gegen BFJ
15.00 Uhr, Bahnhof

24. und 25. April, Wien

SWI-KONGRESS im Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien; Anmeldungen & Schlafplätze: Tel. 01/524 63 10

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher – der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft – Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at